

Bezugspreis:

Wortzahl 45.- M., monatlich 15.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.- M. einjährig 120.- M. ...

Telefonnum. - Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die Jahrgangsbilanz ... Die Zeitschriften ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 20. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Lloyd Georges Wiederaufbauplan.

Paris, 20. Dezember. (E.C.) Ueber die gestrigen Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George in London berichtet der „Petit Parisien“ ...

Reparationen.

England müßte die Initiative zu einer endgültigen Revision dieses Problems übernehmen. Es bleibe dann nur die deutsche Schuld bezüglich der zerstörten Gebiete bestehen ...

Einschränkung der Rüstungen zu Lande.

Garantien der französischen Sicherheit: Um die Einschränkung der Rüstungen zu Lande möglich zu machen und das Problem der französischen Sicherheit zu lösen, wünscht Lloyd George ...

Der Frieden im nahen Orient.

Das englische Projekt bereitet eine Vermittlung vor, die auch den christlichen Minderheiten in Kleinasien und namentlich in

Smyrna Schutz gewährt. Besterem würde man ein ähnliches Regime geben wie der Staat Danzig. Die Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens würden eingeladen werden ...

Wiederaufbau Sowjetrußlands.

Da die Sowjetregierung die Vorkriegsschulden Rußlands anerkannte und sich bereit erklärte, alle Verpflichtungen einer zivilisierten Regierung anzuerkennen, glaubt die englische Regierung, daß kein Anlaß besteht, die Anerkennung der Sowjetregierung weiterhin abzulehnen ...

Ueber die Haltung Briands berichtet das Blatt, daß sich dessen Ausführungen in dem Geiste bewegten, daß er sich mit einer Reorganisation Europas einverstanden erklärte ...

Rathenaus Mission.

Paris, 20. Dezember. (M.B.) Wie dem „Petit Parisien“ aus London berichtet wird, hat Dr. Rathenau gestern Abend Sir Robert Horne einen Besuch abgestattet ...

London, 20. Dezember. (M.B.) Wie „Daily Chronicle“ berichtet, habe Lloyd George bei der gestrigen Erörterung mit Briand darauf hingewiesen, daß man eine stabilere Regierung als die Birchs nicht erreichen könne ...

Endkampf im irischen Parlament.

De Valera's große Rede.

London, 19. Dezember. (M.B.) Heute wurde in Dublin die mit Spannung erwartete öffentliche Debatte des Sinnfeinparlament über das irisch-englische Friedensabkommen eröffnet.

Griffith

erklärte bei der Einbringung des Antrages der Ratifizierung des Abkommens, er habe seinen Namen unter den Vertrag gesetzt und werde zu dem Vertrage stehen. Es sei Sache des irischen Volkes zu erklären, ob der Vertrag gut sei ...

De Valera.

Der hierauf das Wort ergriff, forderte die Verwerfung des Vertrages, da er mit der Stellung Irlands vollkommen unvereinbar sei. Der Vertrag sei unter Zwang unterzeichnet worden ...

Die Minister Seiner Majestät

sein würden (Rufe: Niemals! Niemals!), und daß das neue irische Heer das Seiner Majestät sein werde. (Auf diese Worte folgte wiederum stürmisches: „Niemals!“) De Valera fuhr fort, wenn der Vertrag angenommen werde, würde der König von England kommen, um das irische Parlament in

Dublin zu eröffnen. (Rufe: Niemals!) Die Fahnen von Dublin würden schwarz verhängt sein. Wenn jedoch England die irische Republik anerkenne, so könnte der englische König nach Dublin kommen. (Rufe: Niemals!) De Valera sagte hierauf mit Nachdruck: Doch! Er darf kommen. Er kann kommen als unser Gast.

ebenso wie der Präsident Frankreichs und der König von Spanien kommen könnte. Als sich hierauf weitere Rufe der Unzufriedenheit erhoben, sagte De Valera: Gut, wenn Ihr nicht haben wollt, daß er hierher als besetzter Monarch kommt, wie könnt Ihr dann vernünftigerweise ein Uebereinkommen annehmen, das ihn zu Eurem Monarchen macht? De Valera nannte den irisch-englischen Vertrag eines der schimpflichsten Dokumente, das je unterzeichnet worden sei ...

Ein Ultimatum Lloyd Georges.

Das Sinnfeinparlament verlagte sich auf Dienstag vormittag 11 Uhr. Einer der irischen Bevollmächtigten, Barton, verursachte große Sensation, als er erklärte, er und Cavan-Luff hätten sich der Unterzeichnung des Vertrags widersetzt ...

Dollar 170.

Im heutigen Devisenverkehr an der Berliner Börse machte sich eine weitere Abschwächung der ausländischen Zahlungsmittel geltend. Der Dollar setzte ungefähr mit 180 ein und ging rasch auf 170 zurück ...

Dreibund der Zukunft.

England-Frankreich-Deutschland!

In den Besprechungen von London ist — wenn man einer Nachricht des „Manchester Guardian“ glauben darf, die jetzt vom „Petit Parisien“ bestätigt wird — das Zukunftsbild eines englisch-französisch-deutschen Dreiebundes aufgetaucht. Nicht nur Deutschland, auch der übrigen Welt, die unter den Folgen des Krieges leidet, mag dieses Bild wie die letzte Vision eines verschmachtenden Wanderers in der Wüste erscheinen ...

Es gibt keinen Grad von Zweifel, der gegenüber einem solchen Vorschlag, sofern er sich auf die nächste Zukunft beziehen soll, nicht berechtigt wäre. Aber trotzdem — nichts würde uns Sozialisten weniger anstehen, als wenn wir uns gleichgültig von einem politischen Ziel abwenden würden ...

Was wir anstreben, ist das friedliche Nebeneinanderleben aller Völker, die Schlichtung aller Streitigkeiten durch Schiedsgerichte, die Erhebung des internationalen Rechtskampfes durch die internationale Solidarität. Wir wissen, daß dieses hohe Menschheitsziel nur in Etappen zu erreichen sein wird. Das stärkste Hindernis für seine Erreichung liegt in dem zersplitterten und zerrissenen Zustand Europas ...

Frankreich erstrebt ein Dauerbündnis mit England gegen Deutschland. Englische Politiker sehen mit Beforgnis durch Frankreichs militärische Vormachtstellung und Deutschlands Schwäche das europäische „Gleichgewicht der Macht“ gestört. In Deutschland hofft man daher auf die diplomatische Hilfe Englands gegen Frankreich ...

Es gibt von ihr nur eine Ausnahme. In den Jahren vor dem Kriege gab es einen Kreis von Sozialisten, der mit wenig Geräusch, aber desto größerem Eifer für den Dreibund der Zukunft, für die dauernde Verständigung zwischen England, Frankreich und Deutschland arbeitete ...

Diesem Plan entsprangen die interparlamentarischen Konferenzen von Bern, die Abgeordnete der französischen Kammer und des deutschen Reichstags in großer Zahl vereinigt. Es nahmen nicht bloß Sozialisten an ihnen teil, sondern auch bürgerliche Friedensfreunde ...

Wer die Geschichte jener Bestrebungen kennt, der kann jetzt die Nachrichten des „Manchester Guardian“ und des „Petit Parisien“ nicht ohne Erregung lesen. Wird doch in ihnen wieder lebendig, was sieben Jahre lang zertrümmert, zerrissen, zerlegt und auf den Schlachtfeldern der Welt begraben worden ist. Gibt es ein Befehl der Geschichte, nach

dem die Vernunft immer wieder ihren Weg findet, so wie sich der Strom sein Bett talabwärts gräbt?

Vom Dreibund England-Frankreich-Deutschland schien die Wirklichkeit nie weiter entfernt als eben jetzt. Aber niemals auch schien dieser Dreibund, vom Standpunkt praktischer Vernunft aus gesehen, notwendiger als jetzt. Er ist tatsächlich nicht mehr und nicht weniger als die Lösung des europäischen Problems! Er kann Europa seine verlorene Weltstellung wiedererschaffen, indem er die drei wichtigsten Herde der Weltkultur vor kriegerischer Vernichtung schützt, er kann der Welt jenes Gefühl der politischen Sicherheit geben, dessen sie in ihrer wirtschaftlichen Wiederaufrichtung bedarf, er kann einen neuen Abschnitt der Geschichte eröffnen.

Es wäre grausam, solche Bilder zu zeigen und dann sich von ihnen abzuwenden, weil sie bloß Phantasien seien. Mag das Ziel für den Augenblick so unerreichbar wie immer scheinen, so ist es doch schon nützlich, es fest ins Auge zu fassen und die Richtung zu ihm zu nehmen. Wieviel wäre schon gewonnen, wenn die Sozialisten der drei Länder, sich in dem Bestreben vereinigen, die Macht zu gewinnen, um die englisch-französisch-deutsche Dreierverbindung ins Werk zu setzen! Die Anteilnahme der Sozialisten an der politischen Macht — noch vor ihrer vollständigen Eroberung durch die Arbeiterklasse — wäre mehr als hinreichend gerechtfertigt, wenn es durch sie gelänge, zwischen England, Frankreich und Deutschland ein dauerndes gutes Einvernehmen zu schaffen. Wieviel bleibt doch der internationale Sozialismus der Welt schuldig, weil er das irraurige Erbe des Krieges, die innere Zerrissenheit, noch nicht losgeworden ist!

Wenn die Sozialdemokratie in Deutschland ihre Machtstellung erhält und befestigt, wenn die Arbeiterpartei in England zu einem ausschlaggebenden Faktor wird, und wenn die französischen Sozialisten einen erheblichen Einfluß auf die Politik ihres Landes gewinnen, dann — spätestens — wird die europäische Politik in der Richtung zum neuen Dreibund marschieren, der keine Fata Morgana, keine leere Luftspiegelung, sondern ein reales Ziel ist, das sich die drei Völker um des Lebens selber willen setzen müssen.

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ — Das wird ein bloßer Wunsch bleiben, solange nicht wenigstens die Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands zu einer festen aktionsfähigen Einheit zusammengeschlossen sind!

Die Gewerkschaften ausgeschaltet!

Man schreibt uns:

Aus Oberschlesien wurde gemeldet, daß bei den zwischen Deutschland und Polen geführten Wirtschaftsverhandlungen von deutscher Seite keine Arbeiter in die Kommissionen berufen wurden. Wir hielten diese Nachricht für zweifelhaft und erkundigten uns an unterrichteter Stelle, die nun leider die Meldung bestätigt. Vor dem Beginn der Wirtschaftsverhandlungen hat man einzeln vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund benannte Sachverständige über ihre Meinung gehört und auch in Oberschlesien wurden an einem Tage der Verhandlungen dort anässige deutsche Gewerkschaftsvertreter als Sachverständige befragt, aber damit ist die „Mitwirkung“ der Gewerkschaften vollständig geschildert. In den Unterkommissionen wird auf Grund der Genfer Vorschläge verhandelt, u. a. über das Weiterbestehen der Gewerkschaften in dem an Polen fallenden Teil von Oberschlesien, über die sozialen Versicherungen und Arbeiterschutzesgesetzgebung. Daß die Gewerkschaften im Interesse der von ihnen vertretenen Arbeiter an den Verhandlungen beteiligt sein müßten, ist klar. Sie sind auf der deutschen Seite jedoch ausgeschaltet. Die Verhandlungen werden für Deutschland von Regierungs-Offizieren und Geheimräten geführt, während auf der polnischen Seite Gewerkschaftsvertreter in den Kommissionen mitwirken. Das ist ein so unerhörter Vor-

gang, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Interesse seines Ansehens und der Arbeiter, die infolge des Ententespruches an ein in sozialer Gesetzgebung rückständiges Land preisgegeben werden müssen, und die dringend wünschenswerten, daß die bestehenden Sozialgesetze und die Arbeiterschutzesgesetze erhalten bleiben, schärfste Verwahrung bei der deutschen Reichsregierung einlegen sollte.

Für die Erfassung der Sachwerte.

Unser Parteiorgan in Zwickau, das „Sächsische Volksblatt“, veröffentlicht einen Artikel, in dem es heißt:

Am vergangenen Sonntag hat der Bezirkspartei-tag Berlin der S.P.D. nach einem Referat des Parteivorstehenden Genossen Wels eine Resolution angenommen, in deren erstem Punkt die sofortige Erfassung der Sachwerte „auf dem von den hervorragendsten Fachmännern der Industrie selbst gewiesenen Wege“ gefordert wird. Von unabhängiger und kommunistischer Seite hat man mit dem Wortlaut dieser ersten Forderung zu beweisen versucht, daß die Sozialdemokratie ihren bisherigen Standpunkt in der Frage der Sachwerte aufgegeben habe und gewissermaßen auf Grund irgendwelcher äußerer Einflüsse umgefallen sei. Nimmt man die oben zitierte Forderung wörtlich, so kann allerdings angenommen werden, daß die Sachwerte, die „nach den Vorschlägen der hervorragendsten Fachmänner der Industrie“ (also nach den Vorschlägen der Herren Stinnes, Krämer, Müllner, Thyssen) erfasst werden sollen, niemals erfasst werden; denn diese Herren von der Großindustrie haben bisher für die Deffenlichkeit keinen gangbaren Weg in diesem Punkte gewiesen. Sie haben bisher weiter nichts getan, als der Regierung unter erpresserischen Bedingungen eine Anleihevermittlung anzubieten, und es besteht kein Zweifel, daß wir, wenn wir den Weg, den uns Herr Stinnes und die übrigen hervorragenden Fachmänner der Industrie zeigen, gehen würden, zu keiner Erfassung der Sachwerte kommen würden.

Das „Sächsische Volksblatt“ befindet sich im Irrtum. Der hachenburgische Entwurf einer Kreditvereinigung, auf den die Berliner Resolution hinzielt und der einen ersten Schritt auf dem Wege zur Erfassung der Sachwerte bedeutet, ist nicht auf Empfehlung der Stinnes und Konforten, sondern gegen deren beständigen Widerstand durchgesetzt worden. Wie die Sozialdemokratische Partei durch ihr Eintreten für diesen Entwurf „umgefallen“ sein soll, bleibt ganz rätselhaft. Sie hat damit zwar ihr Ziel noch nicht erreicht, aber doch einen Weg zu ihm geöffnet, und daß sie das nicht getan hat, um auf das Ziel zu verzichten, versteht sich von selbst.

Landtagskämpfe in Thüringen.

Aus Weimar schreibt man dem „Vorwärts“:

Das Grundsteuergesetz ist in dem neugewählten Thüringer Landtag bereits durch die erste Lesung gegangen und im Januar folgt die zweite. Die sozialistische Thüringer Regierung hält mit den sozialistischen Parteien an der Besteuerung nach dem „gemeinen Wert“ fest. Die Bürgerlichen kämpfen für die Besteuerung nach dem „Ertragswert“. Ob eine Einigung im Ausschuss erzielt wird, kann gegenwärtig noch nicht gesagt werden. Die Kommunisten, die bekanntlich im ersten Thüringer Landtag das Grundsteuergesetz abgelehnt und dadurch die Auflösung des Landtages herbeigeführt hatten, erklärten jetzt, daß sie sich ihre endgültige Stellungnahme noch vorbehalten. Jedoch ist zu hoffen, daß sich diesmal für die Vorlage eine Mehrheit findet. Der heftigste Kampf entbrannte bei dem Beamtenbesoldungsgesetz. Das Staatsministerium hatte die Reichsbesoldungssätze nur bis Gruppe 10 übernommen. Von Gruppe 11 ab hat sie eine Kürzung der Gehälter wie folgt vorgenommen:

	Reich	Thüringen
Gruppe 11	20 000—44 000	29 000—43 000
12	33 000—57 000	34 000—52 000
13	53 000—80 000	52 000—65 000

In den Sondergruppen A und B betrogen die Gehälter in Thüringen 52 000—75 000 M. Die Ministergehälter in Sondergruppe C sind mit 80 000 M. festgelegt.

In gründlicher Rede bewies der Finanzminister Gen. Hartmann, daß mit diesem Gehalt Minister und obere Beamte in Thüringen auskommen müßten.

Die Rechte forderte auch bei den Gruppen 11—13 die Reichssätze und sagte der Regierung schwersten Kampf an, falls die Vorschläge der Regierung angenommen werden sollten. Nachdem der Ausschuss die Sätze der Thüringer Regierung angenommen hatte, entbrannte in der zweiten Lesung im Landtage der Kampf noch einmal auf der ganzen Linie. Die bürgerlichen Abgeordneten mit Einschluß der Demokraten führten schwerstes Geschütz gegen die Kürzung der oberen Gruppen auf, aber die Landtagsmehrheit blieb fest, und so wurde die Regierungsvorlage ohne Veränderung verabschiedet. Nun muß abgewartet werden, ob die oberen Beamten, wie die bürgerlichen Abgeordneten ankündigten, Thüringen verlassen werden. Angst darum ist es der sozialistischen Regierung nicht.

Es wurde noch folgende Entschliessung der sozialistischen Parteien angenommen:

Die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, alsbald eine Neuordnung der Beamtenbesoldung vorzunehmen, bei welcher das Existenzminimum auch für die unteren Gehaltsgruppen gewährleistet ist und in welcher ein sozialer Ausgleich in der Gehaltsspannung zwischen den Gehaltsgruppen durchgeführt wird.

Während bei der Endabstimmung die bürgerlichen Abgeordneten für das Besoldungsgesetz stimmten, lehnten die Kommunisten es ab; sie hatten beantragt, daß das ganze Besoldungsgesetz nur aus 4 Gruppen bestehen dürfe. Mit dieser Auffassung standen die 6 Kommunisten ganz allein.

Nach Weihnachten wird außer dem Grundsteuergesetz der Etat und die neue Kreiseinteilung verabschiedet werden. Große Kämpfe stehen bevor. Die Bürgerlichen hoffen, daß bei einer dieser großen Fragen die Regierung zusammenbrechen wird. Die Herrschaften werden sich irren. Die rein sozialistische Regierung steht auf dem Boden der realen Wirklichkeit und ist viel leistungsfähiger als die frühere demokratisch-sozialistische Regierung.

Ein agrarischer Steuerhinterzieher.

Im Kreisblatt für den Landkreis Götlich finden wir folgende bezeichnende Bekanntmachung des Finanzamtes Götlich:

„Der Gutsbesitzer Oswald Schneider in Oberludwigsdorf wird wegen versuchter Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe von Mark 10 420 (in Worten Zehntausendvierhundertundzwanzig) Mark bestraft, weil er in der Umsatzsteuererklärung und bei Beantwortung der von zuständigen Stellen an ihn gerichteten Fragen vorsätzlich 60 450 Mark steuerpflichtige Entgelte verschwiegen und damit den Entschluß, zum eigenen Vorteil Steuerentnahmen des Reiches zu verflügen, durch Handlungen bestätigt hat, die einen Anfang der Ausführung dieses infolge der Feststellung des Finanzamtes nicht zur Vollendung gekommenen Vorgehens enthalten.“

Vergehen strafbar nach § 43 Umsatzsteuergesetz, §§ 369, 360 Reichsabgabenordnung, § 43 Reichsstrafgesetzbuch.

Zugleich werden dem Steuerpflichtigen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Die Bestrafung wird auf Kosten des Steuerpflichtigen einmal im Kreisblatt des Götlicher Landkreises bekanntgemacht.

Die dagegen eingelegte Beschwerde ist vom Landesfinanzamt Breslau kostenpflichtig und mit der Mahnabgabe zurückgewiesen worden, daß die Strafe auf 10 400 — zehntausendvierhundert — Mark herabgemindert wird.

Die Beschwerdeentscheidung ist endgültig, der Strafbefehl rechtskräftig. Finanzamt Götlich i. Schl.“

Dieser erste vom Finanzamt Götlich öffentlich an den Pranger gestellte Gutsbesitzer Schneider ist Führer des Landhundes, Kreisrats- und Provinziallandtagsabgeordneter und Mitglied der Landwirtschaftskammer.

Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde.

Von Erich Witte.

Die Notwendigkeit der Reform des Geschichtsunterrichts ist von mir in dieser Zeitung schon mehrfach dargestellt worden. Die wichtigsten Forderungen sind die folgenden: Weniger Monarchengeschichte, mehr Volksgeschichte. Weniger Kriegsgeschichte, mehr Kulturgeschichte. Weniger Geschichte des Mittelalters und des Mittelalters, mehr Geschichte der letzten Jahrzehnte! Wer nicht nur die Auswahl des den Kindern dargebotenen Stoffes, sondern auch die Art der Darbietung.

Ich gehe von der Tatsache aus, daß viele Menschen sich für Geschichte erst von der Zeit an interessieren, wo sie am politischen Leben teilnehmen. Warum? Sie wollen wissen, wie sich die gegenwärtigen staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelt haben. Da die politischen Ereignisse der Gegenwart von innen miterlebt werden, so gewinnt damit für sie auch die Geschichte Erlebniswert. Ein bekanntes psychisches Gesetz heißt: Wir begreifen etwas um so schneller und behalten es um so länger, je mehr es mit Gefühlen verknüpft ist. Daher lernen wir auch eine fremde Sprache in dem Lande, in dem sie gesprochen wird, weit besser als anderswo. Denn es ist ein großer Unterschied, ob wir aus einem Buche die französische Ausdrucksweise für Fleisch, Kartoffeln und Brot lernen, oder ob wir uns diese Gegenstände in Frankreich bei einer Mahlzeit reichen lassen und sie dann verzehren.

Im Geschichtsunterricht ist es natürlich außerordentlich schwer, den dargebotenen Stoff den Schülern zum Erlebnis zu gestalten. Das ist aber nicht unmöglich, möge an einigen Beispielen gezeigt werden. Die Schüler erzählen nach einem Vorlesungsbildnis und Beobachtungen; der Lehrer läßt sie über das Wahre auf und gibt einen geschichtlichen Rückblick auf seine Entwicklung. Den Schülern wird mitteilt, daß eine Druckerei beauftragt werden soll. Sie freuen sich auf dies Ereignis, das in das einjährige Schulleben etwas Abwechslung bringt. Für den Lehrer ist es ein willkommenes Anlaß, sie mit der Geschichte der Buchdruckerkunst bekanntzumachen und sie auf die Revolution hinzuweisen, die diese Erfindung hervorgerufen hat. Die Selbstverwaltung der Schüler kann dazu benutzt werden, sie mit der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde bekanntzumachen. Bei einer gemeinsam ausgeführten Arbeit, z. B. in einem Landheim oder in einer Gartenarbeitsschule machen die Schüler die Erfahrung, daß die Arbeitsteilung arbeitserleichternd, arbeitserleichternd wirkt. Es wird ihnen dargelegt, welche Bedeutung dies Prinzip in der Geschichte gehabt hat.

Die politischen geschichtlichen Kenntnisse werden zwar bei einem solchen Betrieb des Geschichtsunterrichts geringer sein. Dies schadet aber nichts; denn es hat für den Schüler keinen Wert, die Regierungsgeschichte der Kaiser des Mittelalters zu lernen und über die Arzenei der Hofärzte genau unterrichtet zu werden. Da jedoch die geschichtlichen Kenntnisse durch Erlebnisse zum Bewußtsein gebracht sind, so werden sie um so dauerhafter im Gedächtnis haften bleiben.

Wenn die Geschichte in dieser Weise betrieben wird, ist sie nicht der Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis der staatsbürgerlichen und volkswirtschaftlichen Belehrung. Welchen Zweck hat es für den Schüler, mit längst vergangenen Zeiten bekanntgemacht zu werden, wenn er nicht die Gegenwart kennt? Auf der Reichsschulkonferenz ist beschlossen worden, daß Staatsbürgerkunde in der Abschlussklasse der Volksschule und in den entsprechenden Klassen der Mittelschule und der höheren Schule als besonderes Unterrichtsfach einzuführen sei. Ich stelle die entgegengekehrte Forderung auf: Nachdem die Schüler mit den gegenwärtigen staatsbürgerlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnissen bekanntgemacht und im Anschluß daran Rückblicke auf die Vergangenheit geworfen worden sind, ist in der Abschlussklasse der Volksschule und in den entsprechenden Klassen der Mittelschule und der höheren Schule Geschichte als besonderes Unterrichtsfach zu geben.

Es bedarf keiner weiteren Darlegung, daß diese Reform des Geschichtsunterrichts nur allmählich durchgeführt werden kann.

Auf der Flucht vor Brunner. Man schreibt uns: Anfang März werden die Kaiser und Kaiserin H. Zille jun., R. Santur, A. Mosner, Willi Steinert u. a. auf einem kleinen Segel- und Motorboot eine Reise nach dem Sidscearchipel antreten. Natürlich soll auch geschildert werden. Die letzten Kunstverfolgungen in Deutschland haben es ihnen ange-tan. Bei den Kanakern hoffen sie ein größeres Kunstverständnis vorzufinden. Die Reise wird etwa zwei Jahre dauern. Durch ernste und heitere Reiseberichte und Bilder werden sie mit ihren Freunden in Deutschland in Verbindung bleiben.

Autorenhonorate in Sowjetrußland. Das Volkskommissariat für Bildungswesen macht bekannt, daß von sämtlichen Aufführungen von Bühnen- und Musikwerken, selbst wenn sie unentgeltlich oder vom Staate veranstaltet werden, ein Autorenhonorar zu entrichten ist. Zumbereitschaft haben Schöbnerauf zu leisten und werden strafrechtlich verfolgt. Das Honorar soll 1 Proz. vom Nominal-kassenspreis sämtlicher vorhandenen Plätze für jeden Akt und 1/2 Proz. für jede Konzertabteilung betragen. Für Opern ist das Honorar doppelt. Für unentgeltliche Veranstaltungen gelten besondere Sätze. Die Frage der Honorierung ausländischer Autoren wird in der Bekanntmachung nicht berührt.

Ein weißes Gesetz. Ein neues schwedisches Besoldungsgesetz billigt Volksschullehrern und -lehrerinnen der vierten Gehaltsklasse, die keine Familienverfolger und noch nicht 25 Jahre alt sind, eine bestimmte Teuerungszulage zu. Nun sind aber, um die vierte Gehaltsklasse zu erreichen, mindestens zehn Dienstjahre nötig. Ein Lehrer, der noch nicht 25 Jahre alt ist, müßte also im Alter von zehn Jahren das Seminar verlassen haben, das er vier Jahre besuchen mußte, so daß er im Alter von sechs Jahren hätte aufgenommen werden müssen. Ferner muß er vier Jahre in die Volksschule und zwei Jahre in die Vorschule gegangen sein, die

er also schon in der Wiege bezogen haben müßte. Unter diesen Umständen, so meint ein Stockholmer Blatt, werden wohl nicht viele Lehrer in den Genuß der Teuerungszulage kommen.

Ehrenhäuptlinge. Marshall Foch, der sich jetzt auf seiner Reise durch die Vereinigten Staaten nach Kräfte zeigen läßt, scheint besonders auf die Indianer großen Eindruck gemacht zu haben. Schon früher wurde berichtet, daß die Krähens-Indianer, die in Montana wohnen, ihn zum Mitglied ihres Stammes erklärt und ihm den Titel „Hauptling der Häuilinge“ verliehen haben. Nun konnten auch die Huronen nicht widerstehen, und sie haben Foch, als er sie in ihrem Reservat in der Nähe von Quebec besuchte, zum Großhäuptling des Huronenstammes ernannt und ihm den Namen Staljonantio gegeben, was in ihrer Sprache so viel bedeutet als: „Er hat recht gehandelt.“

Wie wir hören, ist unserm Wildendorff vor kurzem eine ähnliche Auszeichnung zuteil geworden. Der kriegerische Stamm der Großmaul-Indianer, dessen Jagdgründe in den romantischen Schluchten des sogenannten „Bursfleßes“ liegen, hat ihn zu seinem Oberhäuptling ernannt und ihm einen Namen verliehen, der in seiner Sprache soviel bedeutet wie „Ach, du lieber Augustin, alles ist hin, hin, hin“.

Erfrorene Hände. Der Winter wird von vielen Menschen, die sich einmal die Hände erfroren haben, gefürchtet, weil das gleiche Leiden immer wieder auftritt. Alles Einweichen und Baden, alles Tragen von Handschuhen, hilft nichts, die Hände springen doch wieder auf und müssen den ganzen Winter hindurch aufs sorgfältigste gepflegt werden. In den meisten derartigen Fällen hätte ein Bruchteil der an die kranken Hände angewandten Sorgfalt genügt, um die noch nicht kranken Hände dauernd gesund zu erhalten. Auch hier ist Vorbeugen leichter als Heilen. Niemals sollen die Hände so sehr der Kälte ausgesetzt werden, daß man sie nicht mehr fühlt; wenn das aber doch einmal vorkommt, dann ja nicht mit diesen Frosthänden gleich an den heißen Ofen; vielmehr müssen sie mit Schnee gerieben oder in Wasser, das man langsam erwärmt, aufgetaut werden. Ist es doch auch für einen halb erfrorenen Menschen das direkte Todesurteil, wenn man ihn so gleich in ein warmes Zimmer bringt und ihm heiße Lächer auflegt! Besonders gefährdet werden die Hände auch dadurch, daß sie in feuchtem Zustand der Kälte oder der Qualität ausgesetzt werden. Da ist es denn kein Wunder, wenn diese Hände aufspringen. Das ist vor allem der Grund, warum so viele Scheuerfrauen und Dienstmädchen, die es mit dem Trocknen der Hände nicht genau nehmen können, sich die Hände verderben. Unter den vielen Hausmitteln sind Ölzerineinreibungen und heiße Sandbäder für leichtere Fälle manchmal ausreichend; gar oft aber werden auch die härter wirkenden, vom Arzt verordneten Salben nicht mehr das Leiden völlig verschwinden lassen.

Weltgericht in Tirol. Am kleinen Ballerl in Tirol (in der Nähe von Salsburg) wurde unter der Leitung des Münchener Universitätsprofessors Dr. Demol ein großes Gebirge für amerikanische Silber-schätze entdeckt. In kurzer Zeit soll daneben ein Gebirge für nord-amerikanische Stinziere (Stunzi) eingerichtet werden.

Die Beamtengehälter.

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten entspann sich vor Eintritt in die Beratung des Beamtenrätengesetzes eine Aussprache über die geplante Gehaltserhöhung an die Beamten der Ortsklassen A und B, soweit diese durch das neue Ortsklassenverzeichnis keine höhere Einstufung als bisher erfahren haben. Der Ausschuss war der Meinung, daß die Maßnahme der Vorschlagszahlung, die ganz einseitig lediglich den Beamten und Angestellten der Ortsklassen A und B zugute käme, wegen dieser Unvollständigkeit die Billigung des Reichstagsausschusses für Beamtenangelegenheiten nicht finden könne.

Von anderer Seite wurde noch gefragt, ob noch weitere Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten wegen Gehaltserhöhung schweben. Der Reichstag dürfte nicht wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Der Regierungsdirektor erklärte, hierzu mangels Instruktion eine Erklärung nicht abgeben zu können.

Eine Verleumdung zusammengebrochen.

Neustrelitz, 20. Dezember. (M.Z.) Der Landtag des Freistaates Mecklenburg-Strelitz hat gegen eine Stimme festgestellt, daß der von Staatsminister Freiherr von Reibnitz im November 1919 gemachte Versuch, Juden im Werte von drei Millionen Mark zu beschaffen, mit Zustimmung des Landesauschusses und der Staatsanwaltschaftskommission gemacht worden ist, und zwar lediglich im Interesse des Landes.

Mit der Verleumdung, der sozialdemokratische Staatsminister habe eine große „Judenlieferung“ auf dem Gewissen, hat die deutschmonarchistische Presse von der „Deutschen Tageszeitung“ bis zum letzten Kreisblättchen jahrelang die infamste Hehe getrieben. Der Beschluß des mecklenburgischen Landtags, dem auch Deutschmonarchisten angehören, bricht endgültig jener Behauptung den Stempel des bewußten Schwindels auf.

Ein bemerkenswertes Schwurgerichtsurteil.

Am 31. Dezember 1920 war der Landrat des Kreises Liebenwerda, Gen. Vogl, gezwungen, in dem Dorfe Hirschfeld seines Kreises, das an Stelle abzuliefernder 3000 Zentner Brotgetreide erst einige hundert abgeliefert hatte, unter Beziehung von Sipo die Getreidebeitreibung — natürlich gegen Bezahlung — vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit war ein Teil der Bauern äußerst remitent und widersetzte sich der Getreideablieferung. Die Folge war, daß gegen diese Leute, die die Ernährung des Kreises durch Widerstand gegen die betreibenden Beamten in Gefahr brachten, eine Anzeige wegen Landfriedensbruchs erstattet wurde. „Schon“ am 10. Dezember 1921, also fast nach einem Jahre fand nunmehr die Verhandlung gegen die Angeklagten vor dem Schwurgericht Torgau statt. Der Staatsanwalt wie auch der als Sachverständiger geladene Beamte der Reichsgetreidestelle erkannten das Recht des Landrats auf Zwangsbeitreibung des Getreides voll aus an, dennoch wurden die Angeklagten von den zu drei Vierteln aus Landwirten bestehenden Geschworenen freigesprochen.

Interessant ist, nach dem Bericht des „Liebenwerdaer Kreisblattes“ vom 12. Dezember 1921, der Standpunkt des Torgauer Gerichtshofes, daß ein Landrat nicht berechtigt ist, Sicherheitspolizisten außerhalb ihres Standortes zu verwenden. Dieser im „Liebenwerdaer Kreisblatt“ angeführte Grundsatze des Torgauer Gerichtes dürfte wohl einer gründlichen Revision bedürfen.

Der Mädchenmord in Kleppelsdorf.

Nach Schluß der Beweisaufnahme begannen die Plädoyers. Oberstaatsanwalt Dr. Reichenbach führte aus, daß die Gutachten der Sachverständigen Keulenschläge für den Angeklagten seien, die ihn vernichten müßten. Der Angeklagte hat Dorothea ermordet, nachdem sein Plan, sie zu heiraten, gescheitert war. Ursula mußte ihr Schicksal teilen, weil sie die Zeugin des Verbrechens war, und weil er auf sie die Schuld schieben wollte, auch wollte er sie wegen des an ihr begangenen Sittlichkeitsverbrechens bestrafen. Der Angeklagte, so schloß der Staatsanwalt, habe Blut fließen lassen, rücksichtslos, gewissenlos und so unmensächlich, wie kaum ein anderer vor ihm. Dafür müsse er mit seinem Leben büßen. Der Staatsanwalt beantragte schließlich, den Angeklagten Gruppen im Sinne der Anklage sowohl des Doppelmordes als auch des Sittlichkeitsverbrechens für schuldig zu erklären.

Als erster Verteidiger nimmt Justizrat Dr. Abfah das Wort. Er ruft die Geschworenen wiederholt an, sich von der öffentlichen Meinung, die den Angeklagten für den Täter halte, nicht beeinflussen zu lassen. Es ist in der Verhandlung viel von der Suggestion die Rede gewesen. Man müsse sich aber auch vor der gefährlichsten Form der Massenuggestion hüten. Der Verteidiger schilderte hierauf den Werdegang Gruppen, wie er sich durch eiserne Fleiß aus den einfachsten Verhältnissen emporgearbeitet habe. Die Staatsanwaltschaft habe seine Frau als edle Frau bezeichnet. Ihr moralisches Leben war durchaus nicht einwandfrei. In nichtöffentlicher Sitzung führte der Verteidiger aus, daß die Schuld Gruppen an dem ihm zur Last gelegten Sittlichkeitsverbrechen nicht erwiesen sei. Das Liebesleben des Angeklagten sei natürlich nicht zu billigen. In dieser Beziehung gebe er ihn preis. Habe doch Gruppen häufig zu gleicher Zeit zwei bis drei Mädchen gehalten und ihnen sogar die Ehe versprochen.

Nachdem um 10 Uhr abends der Verteidiger, Justizrat Abfah, geendet hatte, erhielt nach einer dreiviertelstündigen Pause der Verteidiger Justizrat Dr. Mannroth das Wort und sprach bis 2 Uhr nachts. Infolge allseitiger Erschöpfung mußte so dann die Verhandlung abgebrochen und auf Dienstag vormittag (heute) vertagt werden. Das Urteil war jedoch bei Redaktionsschluß noch nicht verkündigt worden.

Wirtschaft

Allgemeine Berliner Omnibus-A.G., Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 11,4 auf 25 Millionen Mark. Ursprünglich war nur eine Erhöhung um 9,45 Millionen Mark geplant. Die neuen Aktien werden zum überwiegenden Teil den Aktionären zum Kurse von 130 Proz. zuzüglich Stempelgebühr im Verhältnis von 4:3 angeboten. Der Rest wird freihändig verwertet. Begründet wurde die Erhöhung damit, daß der Verkehr auf den gesamten Omnibuslinien sich erfreulich entwickelt habe und infolgedessen eine weitere Ausdehnung des Kraftomnibusbetriebes ins Auge gefaßt wird. Die Gesellschaft beschloß, noch in diesem Jahre eine neue Kraftomnibuslinie Müllerstraße — Neukölln einzurichten, die seit einer Woche ihren Betrieb eröffnet hat. Weitere neue Linien sind für das nächste Jahr geplant. Die Verwaltung hat sich entschlossen, 60 neue Kraftomnibusse in Auftrag zu geben und bedarf zur Deckung der dadurch entstehenden Ausgaben neuer Mittel, die durch das erhöhte Aktienkapital aufgebracht werden sollen. Die Geschäftsergebnisse werden als zufriedenstellend bezichtigt.

Die Bankkonzentration. Zu unserem Bericht über die neue Bankkonzentration ist beizufügen, daß das Kapital der zu dem „Kreditverband“ gehörigen Aika, Deutschen Kreditbank in Leipzig 200 (nicht 400) Millionen Mark beträgt. Das gesamte Aktienkapital der drei beteiligten Banken beläuft sich also auf genau 1 Milliarde Mark.

Groß-Berlin

O Tannenbaum, o Tannenbaum ...

Auf den Hof kommt eine kleine Karawane gepflegt: zwei Kriegsbeschädigte, einer mit einem Leierkasten und einer mit einer Violine. Eine Frau hilft den beiden. Und dann setzt der eine sein Instrument an und der andere dreht die Kurbel und es erklingt das schöne alte Lied: „O Tannenbaum, o Tannenbaum, wie grün sind deine Blätter“.

Es hat aber den Anschein, als ob in diesem Jahre eine nicht geringe Anzahl Berliner mit dem Lied als Ersatz für den richtigen Tannenbaum vorlieb nehmen müssen. Denn es hat ein richtiger „Kun“ auf alles, was Tannenbaum heißt und heißen kann, eingeleitet. Viele Händler haben ausverkauft. Am Ostbahnhof ist es leer. Am Spittelmarkt mußte heute vormittag schon die Schupo eingreifen. Und mo noch ein paar Bäumchen zu sehen sind, da werden sie den Händlern unter den Händen weggenommen und es wird gezählt, was verlangt wird. Da wird es denn wohl in vielen Familien nicht nur keine oder wenig Geschenke, sondern nicht einmal einen Lichterbaum geben. Und so müssen viele, viele Kinder, deren Köpfchen noch nichts von „Gesamtwertung“ und „Woluta“ wissen, unter diesen schweren Dingen mit leiden.

„Schwester Luise.“

Aus den Geheimnissen eines modernen Massageinstituts.

In einem Urteil des Landgerichts II in Berlin vom 28. Juni dieses Jahres war die Masse Frau Luise Schmidt, Potsdamer Straße 68, wegen Ruppellei zu 6 Monaten Gefängnis und 4000 M. Geldstrafe verurteilt worden. In Zeitungsanzeigen nannte sich die Angeklagte „Schwester Luise“ und priest ihr Unternehmen als „vornehmes Massage-Institut mit erstklassiger Bedienung“ an. In anderen Anzeigen suchte sie junge kräftige Massierinnen.

Das Gericht hat auf Grund früherer Erfahrungen angenommen, daß die beiden Arten der Anzeigen in mafschichtlichen Kreisen ausreichendes Verständnis gefunden haben. Als erwiesen wurde angesehen, daß die Angeklagte die jungen Mädchen, die sich bei ihr meldeten, nicht in der Massage unterwies, sondern lediglich der Unzucht zugeführt hat. Ein reger Herrenverkehr fand in den Räumen der Angeklagten statt. Sie leitete selbst die Unterhandlungen, die damit endeten, daß irgendein Herr sich irgendein Mädchen aussuchte. In einem Nebenraum kam es dann zu regelrechtem Geschlechtsverkehr oder perversen sittlichen Ausschreitungen im Sinne des Mafschismus. Eine Reihe hierzu dienender Instrumente hatte die Angeklagte vorsorglich angeschafft. Von dem Gelde, das die Herren zahlten, behielt die Angeklagte das meiste; sie gab den Mädchen nur je 3 M. Durch Gutdünken in den Türen usw. durften die Herren, wiederum gegen entsprechende Vergütung, heimlich den Herrschaften anderer zuschauen. Die Angeklagte selbst nahm oft an diesen Ausschreitungen teil. Sie behauptete in ihrer Revision, sie sei zu Unrecht verurteilt. Das Reichsgericht verwurfs jedoch das Rechtsmittel als unbegründet.

Die glücklichen Müllkutscher.

Was die Rechte als Vorstand für Mietsforderungen benutzt.

Die Löhne der Müllkutscher werden seit Jahren von allen Epochen als typisches Beispiel für die Begehrlichkeit der Arbeiter angeführt, ohne daß es einem der naserümpfenden Kritiker auch nur im Traum einfiel, sich den Lohn als Müllkutscher zu verdienen, weil die Geschichte ihre Schattenseiten hat. Jetzt fordern die Müllkutscher eine Erhöhung ihres Wochenlohnes bis auf 750 Mark.

Der Korrespondenz eines volksparteilichen Abgeordneten zufolge sind ihre Organisationsvertreter deswegen beim Oberbürgermeister Böck vorstellig geworden, wobei die Deckungsfrage erörtert worden sei, die auch die Mieterschaft sehr stark berühre. Dabei hätten die Müllkutscher erklärt, daß die Mieten „viel zu niedrig“ seien. Ihr Verbandsbeitrag zum Transportarbeiterverband sei heute höher als ihre Wohnmiete. Das ist in dieser Allgemeinerung natürlich nicht zutreffend. Ein vorbelebter Müllkutscher müßte eine Dreizimmerwohnung mit Badeeinrichtung haben, die mindestens 50 M. Miete kostet. Der Verbandsbeitrag beträgt wöchentlich sechs Mark, mithin monatlich 26 M. Zu diesem Mietpreis gibt es allerdings noch gewisse Wohnungen, solange die neue Höchstmiete nicht durchgeführt ist. Gleich den Forderungen der Portiers sollen jetzt auch die der Müllkutscher als Vorpann zu weiteren Mietsforderungen gebraucht werden. Und so wird denn jetzt schon darauf hingewiesen, daß die erheblichen Forderungen dieser beiden wichtigen Gruppen von Arbeitnehmern für die Wirtschaft des Hauses naturgemäß neue Mieterbefragungen nach sich ziehen.

Nachdem kaum neue Höchstmieten festgesetzt und noch nicht einmal durchgeführt sind, sollte eine derartige allzu aufbringliche Stimmungsmache unterbleiben.

Berlin als Industriebahnbesitzer.

Der Niederrheinischer Kreistag trat gestern unter dem Vorsitz des Landrats Henning Schlemminger zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung zunächst die gemäß dem Gesetz Groß-Berlin durchzuführende Abtretung der Industriebahn Tegel — Friedrichsfelde und des Kreiswasserwerks Heinersdorf an die neue Stadtgemeinde Berlin stand. Ueber das Ergebnis der mit Berlin geführten Verhandlungen berichtete Kreisbaumeister Weigel. Da beide Anlagen an Berlin nicht freihändig verkauft werden können, sondern nach der Vorschrift des Gesetzes zum Buchwert übertragen werden müssen, bedeutet die Uebernahme beider Anlagen für die Stadt Berlin ein gutes Geschäft, besonders bei der Industriebahn, die sich gut entwickele. Der gesamte Kaufpreis der Industriebahn beträgt etwas über 4 Millionen, wovon Berlin am Tage der Uebernahme 1,3 Millionen bar zu vergüten hat. Für das nicht sehr bedeutende Kreiswasserwerk Heinersdorf hat Berlin 275 000 M. zu zahlen. Beide Werke gehen mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 auf die Stadt Berlin über. Der Kreistag stimmte ohne Erörterung den Vorlagen zu.

Ueber den Erwerb eines an der Staatsforst im Dorfe Schlust gelegenen geräumigen Landhausgrundstücks zur Einrichtung eines Kindererholungsheims für den Kreis berichtete Kreisbaumeister Fromm. Das Haus bietet Raum zur Aufnahme von 40 Kindern. Der Kreistag genehmigte den Ankauf des Grundstücks und stimmte auch nach längerer Ausprache der Uebernahme zum Ausbietungsplan für zweiwöchentliche Hypotheken für Siedlungsbauten mit der Erweiterung zu, daß diese Garantie nicht nur dem Reichsfiskus, sondern auch anderen Darlehensgebern gegenüber übernommen werden soll.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Zum Schluß der Jungheer und Jungheerinnen Berlin, von denen etwa 400 zum 1. Januar 1922 die Kündigung erhalten haben, hat die Berliner Behörde eingegriffen. Sie hat folgendes Erfahren an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet: Der Beschluß der Deputation für Schulwesen, den Vertretern und Vertreterinnen aus den Jahrgängen 1919—21 zu kündigen, ist aufzuheben. Die schon ausgesprochenen Kündigungen sind sofort zurückzunehmen. Die nicht im Schuldienst beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen aus den Jahrgängen 1914—19 sind sofort einzustellen. Der Magistrat soll veranlassen, daß die Bezirksämter statt der einstigen eine mindestens sechswöchige Kündigung für die Hilfskräfte einführen. Die Behörde fordert die Beh-

personen auf, zugunsten der beschäftigungslosen Jungheer und Jungheerinnen sich ihre in Fortbildungsschulen usw. erteilten Unterrichtsstunden in die Pflichtstundenzahl einrechnen zu lassen. Sie bittet die Deputation für Schulwesen, die ordnungsmäßig durch Vertreter verwalteten Stellen von schon vor langer Zeit aus dem Schuldienst geschiedenen Lehrer nicht als erledigt anzusehen und nicht einzuziehen.

Inzwischen hat die Angelegenheit bereits einen Stadtvorordneten aus dem Bureau in der Friedrichstraße gestohlen worden. Er gehört einer hochgestellten Dame, die ihn zum Verkauf einem Vermittler übergeben hatte. Auf die Anzeige daß der Mantel zu verkaufen sei, erschienen im Bureau des Vermittlers viele Liebhaber des kostbaren Stückes, um es sich anzusehen. Ohne Zweifel hat ein Einbrecher diese Gelegenheit benützt, um das seltene Beutestück ebenfalls zu beschlagnahmen und sich dabei über die Vertikalität zu unterrichten.

Der gemeinsame Selbstmord zweier großer Schwestern wird aus der Angermünder Straße gemeldet. Hier wohnten in dem Hause Nr. 9 im ersten Stock des Vorderhauses die 76 Jahre alte Rentempfangerin Beria Stendel und ihre Schwester Witwe Luise Müller, geborne Stendel, die 74 Jahre zählt. Die Geschwister wurden von Leuten, die durch Gasgeruch auf ihre Mißbräuer aufmerksam geworden waren, nebeneinander auf dem Sofa sitzend tot aufgefunden. Der Obduzent ergab, daß sie durch Gasvergiftung freiwillig aus dem Leben geschieden sind, wahrscheinlich aus Nahrungsvorgern.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und zeitweise aufhellend, jedoch überwiegend mit wiederholten Regenschauern und lebhaften Südwestwind bis westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinaufrufe.

167. Ad. Alt-Sonnen-Gallenberg. Die Parteigenossen treffen sich zur Vorbereitung des Genossen Ringensberg Mittwoch nachmittags 2 Uhr im Restaurant Ringensberg.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin ohne Kraftdroschkenverkehr.

Die Unternehmer der Kraftdroschkenbetriebe haben den Verkehr eingestellt und gestern die Führer ihrer Kraftdroschken fast alleamt ausgepersert bzw. entlassen, nachdem der Magistrat es abgelehnt hat, ihren Wünschen nachzukommen. Wie in einer überfüllten Versammlung der Benz- und Elektro-Droschkenführer am Montag abend mitgeteilt wurde, weigern sich die Unternehmer, die vom Magistrat beschlossene Personenfahrsteuer in Höhe von 10 Proz. zu zahlen, obgleich seit gestern die Woche Lage eingeführt worden ist. In der Versammlung waren alle Redner der Meinung, daß die Steuer eine große sei und daß der Magistrat von der Kollegenchaft unterstützt werden müsse. Sobald es sich um eine Lohnerhöhung für die Droschkenführer handele, werde stets von dem großen Verdienst der Fahrer gesprochen, der von den Unternehmern schon auf 35 000 M. beziffert wurde, jetzt weigern sich die Unternehmer, die 10 Proz. abzugeben und wollen statt dessen nur eine Pauschale von 6000 M. entrichten. Es moche ganz den Eindruck, als ob man einen Einblick in den Lohn scheue. Die Arbeiterschaft werde aber nicht nach dieser Richtung hin zu Diensten für die Unternehmer bereit sein. Mit allen gegen eine Stimme wurde folgende Entschließung angenommen:

Die heute zur Entlassung gekommenen Kraftdroschkenführer erblicken in der Stilllegung der Betriebe eine einseitige Interessenaktion der Automobil- und Kraftdroschkenbesitzer, die jeder gerechten Grundlage entbehre. Die Personenfahrsteuer kann nicht der Anlaß zur Einstellung der Betriebe bilden, da die in Betracht kommende Steuer von den Fahrgehrten getragen wird. Sollten sich die Unternehmer auch fernerhin zur Eröffnung der Betriebe ablehnend verhalten, so fordern die Fahrer, daß die Behörden die Einstellung der Droschkennummern sofort rückstandslos durchzuführen und den Fahrern kostenlos überweisen, die sich zur Durchführung der Steuererhebung verpflichten. Ergibt die Durchführung der Steuererhebung Schwierigkeiten, so sollen Verhandlungen zwischen Magistrat und den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfinden.

Streik in der Augsburger Textilindustrie.

Augsburg, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Zur Durchführung ihrer Forderungen treten gestern die Raschmisten, die Turbinenführer und Heizer der Augsburger Textilindustrie in den Streik. Sie führten dadurch die Stilllegung der gesamten Augsburger Textilindustrie herbei. Es werden für Raschmisten und Turbinenführer 10 Mark, für alle übrigen Heizer, Kranführer, Pumpen- und Turbinenwärter, Schmeerer, Kohlen- und Schmelzführer 9,75 Mark Stundenlohn verlangt. Die Textilorganisationen erklären in den Tageszeitungen, daß sie mit dem Ausbund nichts zu tun haben und von dem Ausbundsbeschlusse nicht benachrichtigt worden seien.

Eine Branchenversammlung der Schmelde am Sonntag in den Residenz-Hessiten hörte einen Vortrag von Berner über die Aufgaben der Arbeiterschaft im neuen Jahre. Die Forderungen des ADGB können nur verwirklicht werden, wenn der einheitliche Druck der Arbeiterschaft dahinter stehe. Die politische Permissivität der Arbeit müsse der Einigung auf einem gemeinsamen Kampfboden weichen. Die hinter und liegenden trennenden Momente müßten vergessen werden. Es dürfe nicht mehr jeder, der eine andere Auffassung hat, als Berater hingestellt werden. Jede Partei müsse etwas nachgeben, um den einheitlichen Kampfboden zu finden. Werde dieses Ziel erreicht und die Forderungen des ADGB verwirklicht, dann sei das neue Jahr das fruchtbarste, das die Arbeiterschaft zu verzeichnen habe. Hierauf wurde an den Beschluß der Reichskonferenz der Schmelde erinnert auf Durchführung der sechsständigen Arbeitszeit während der heißen Jahreszeit, in größeren Betrieben mit starker Hitze, wie im Lokomotivbau. Die Branchenkommission soll sich mit dem Antrage eingehend befassen und einer späteren Versammlung berichten.

Bekannt gegeben wurde, daß ab Neujahr in den Großbetrieben die Lohnwoche mit dem Montag beginnt. Ferner wurde regste Beteiligung an der Weihnachtssammlung für die Arbeitslosen gefordert.

Die Arbeiter der Niedersächsischen Kraftwerke in Ibbenbüren sind wegen Tarifstreitigkeiten in den Streik getreten, so daß die Stromversorgung Osnaabrucks völlig unterbrochen ist. Der Osnaabrücker Streikendbündel ist eingestellt. Hunderte von Maschinen, die auf die Ibbenbürener Kraftquelle angewiesen sind, stehen still.

Die Arbeit im Baugewerbe Süddeutschlands ist nach einem Streik von dreizehn Wochen, der sich auf Freiburg i. Br., Rottweil, Ulm und Mannheim-Ludwigshafen erstreckte, nach einem Schiedsspruch des Tariffschiedsgerichts wieder aufgenommen worden.

Ermordung spanischer Gewerkschaftsführer. Aus Barcelona kommt die Nachricht, daß dort fünf Gewerkschaftsführer ermordet wurden. Ueber die ermordeten Personen und die Urheber dieser Unthat liegen leider noch keine Meldungen vor.

Berichte für den rechte Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für die linke Teil: H. Heise, Berlin. Verlag Bornhördt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhördt-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8.

